Einzelpreis 10 Pfg.

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Morgen-Ausgabe

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9763

Jahrgang 2 | Sonnabend, den 1. Februar 1919 | Nummer 56

Der Hunnenzug gegen Bremen.

Die Herausforderung.

Die Regierung Ebert-Scheidemann beharrt darauf, gegen die Bremer Arbeiterschaft mit Gewalt vorzugehen. Alle Verhandlungsversuche sind gescheitert. Am Freitag früh gegen 2 Uhr trafen im Hauptquartier der Division Gerstenberg, das sich in Verden befindet, 4 Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauftragten, darunter Genosse Henke, ein. Sie ersuchten die Division, den Vormarsch einzustellen, Verbindung gesucht habe und noch auf Antwort warte. Es wurde ihnen erklärt, daß sich die Division auf Verhandlungen nicht einlasse. Sie erblicke darin eine Verschleppung und werde sich strenge an die ihr von Noske gegebenen Weisungen halten. Die Entwaffnung der Bremer Arbeiter müsse unverzüglich vorgenommen werden. Die Volksbeauftragten erklärten diese Forderungen für undurchführbar. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. In den Morgenstunden setzte sich die Division gegen Bremen zu in Bewegung.

Die gegen Bremen marschierende Division ist am 28. Januar in Berlin abgefahren, zwanzig Züge haben zur Beförderung gedient. Neben den in Berlin bekannt gewordenen Kampfmitteln stehen der Division auch eine große Anzahl Panzerwagen und Tanks zur Verfügung. Der Chef des Stabes, Hauptmann Danner, erklärte einem Berichterstatter, daß die für die Aktion bestimmten Truppen durchaus zuverlässig seien und sich in Berlin bei der Niederschlagung der Spartakisten rühmlich hervorgetan hätten!

Nach alledem steht zu erwarten, daß in Bremen ein Blutbad bevorsteht, noch unheilvoller als dasjenige, daß wir in Berlin hinter uns haben. In der bürgerlichen Presse wird die Stimmung darauf schon wieder vorbereitet. Die Zeitungen, noch schwelgend in dem Blutrausch der Spartakuswoche, haben Sonderberichterstatter nach dem Hauptquartier der Division Gerstenberg gesandt. Es muß noch einmal hervorgehoben werden, daß in Bremen die Ordnung in keiner Weise gestört worden ist. Alle gegenteiligen Nachrichten sind erlogen. Sie werden absichtlich in die Welt gesetzt, um das gewaltsame Vorgehen gegen die Bremer Arbeiterschaft zu rechtfertigen. Der Abgang der Lebensmittelschiffe ist von keiner Seite aus gefährdet worden. Herr Noske hat diesen Grund an den Haaren herbeigezogen. Als „starker Mann", mit „Einsicht und Verständnis" begabt, wie er so gern von sich reden macht, müßte er wissen, daß von Bremen aus die Lebensmittelschiffe überhaupt nicht abgehen. Diese liegen vielmehr in Lehe und Bremerhaven. Man sieht also, daß es Herrn Noske, der natürlich im Auftrage seiner Regierungskollegen handelt, lediglich um einen Gewaltakt gegen die Arbeiter zu tun ist.

Wir heben noch einmal hervor, daß keinerlei Anlaß zu einem bewaffneten Eingreifen gegen die Bremer Arbeiterschaft vorliegt. Durch ihr brutales Vorgehen fordert die Regierung Ebert-Scheidemann die Arbeiter in der unerhörtesten Weise heraus. Sie wird alle Folgen zu tragen haben, die sich aus dem provokatorischen Vorgehen ergeben.

Bremen, 31. Januar. Die „Weserzeitung" schreibt in ihrer heutigen Mittagsausgabe: Eine erwartungsvolle Spannung lag gestern gegen Abend über die Stadt, als die Nachricht von dem Vormarsch der Armee Gerstenberg bekannt wurde. Gegen 8 Uhr wurde aus den Sirenen Alarm über die Werft gepfiffen. Sofort tauchten auf den Werftgebäuden Bewaffnete und Unbewaffnete auf und begaben sich zur Beratung in die Baracken. Gleich darauf wurden die Gebäude in Verteidigung gesetzt. Durch das Scheitern der Unterhandlungen in Verden wurde am Morgen die Lage noch kritischer. Schon gestern abend waren Maschinengewehre in Sebaldsbrück aufgestellt, und die ganze Nacht waren die östlichen Zugangsstraßen von den Arbeitern bewacht. Autos mit Bewaffneten sah man durch die Stadt fahren und vor dem Rathaus halten, das besetzt wurde. Der Verkehr ging heute morgen wie gewöhnlich vor sich. Dagegen nahmen an einigen Stadtpunkten außerhalb die Vorbereitungen der anscheinend zum Verteidigungskampf sich rüstenden Arbeiter ihren Fortgang. Die Straßen nach Achim und Hemelingen sind durch Maschinengewehre besetzt. Auf den Hansa-Lloydwerken geht die Arbeit normal weiter. Die bewaffneten Arbeiter haben sich in die Verteidigungsstellen begeben, ebenso ist es auf den Atlaswerken, wo die Arbeiter beschlossen, die Arbeit nicht niederzulegen. Dagegen herrsche auf der Aktiengesellschaft Weser starke Unruhe. Die Kommunisten versammelten sich in der Erwartung weiterer Anweisungen in den Baracken. 495 mehrheitssozialistische Arbeiter faßten den Beschluß, um 10 Uhr die Werft, an deren Verteidigungszustand anscheinend weiter gearbeitet wird, zu verlassen.

*

Von welchem Geiste unsere „sozialistische" Regierung erfüllt ist, zeigt folgende triumphierende Notiz der offiziösen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten", die vom Rechtssozialisten Hofrichter herausgegeben werden:

„Die Anwendung der Reichsexekutive gegen die terroristische spartakistische Minderheit in Bremen hat außerordentlich heilsam gewirkt. Die Lage an der Wasserkante verbessert sich zusehends. Der Anmarsch der Truppen hat nicht nur in Bremen viel zur Besserung der Verhältnisse beigetragen, sondern beginnt sich auch bereits deutlich in Hamburg und Wilhelmshaven auszuwirken. Man darf die Hoffnung aussprechen, daß der spartakistische Terror auch an der Wasserkante bald nur Erinnerung sein wird und daß die Ein- und Ausfahrt der Lebensmittelschiffe gesichert wird."

Wir heben noch einmal hervor, daß der Hinweis auf die Lebensmittelschiffe purer Schwindel ist. Hauptsache ist die Stimmungsmache. Noske kommandiert und Hofrichter macht die Musik.

Ein „Protestreik" der Aerzte.

Die Aerzteschaft der Greifswalder Universität veröffentlicht folgenden Protest:

„Trotz Protestes der Direktion sowie sämtlicher Aerzte des Universitätskrankenhauses ist auf Befehl des Greifswalder A.- u. S.-Rates auf den Greifswalder Kliniken die rote Fahne gewaltsam aufgezogen worden. Die Aerzte hatten dem A.- u. S.-Rat vorher erklärt, daß sie auf diese Vergewaltigung mit Niederlegung der Arbeit antworten würden. Da die Hissung der Fahne durch Eingedrungene trotzdem erfolgte, hat die gesamte Aerzteschaft und das Bureaupersonal der Klinik die Tätigkeit eingestellt, die sie solange nicht wieder aufnehmen wird, bis ihnen Genugtuung geworden ist. Neue Kranke können in die Greifswalder Klinik nicht aufgenommen werden. Ausnahmen kann den Kranken, die zur Zeit in der Klinik sind, ärztliche Hilfe zuteil werden. Auch die Poliklinik ist geschlossen worden. Gleichfalls ist das Zustandekommen des Semesters für Mediziner in Frage gestellt."

Es ist unerhört, daß die Greifswalder Aerzteschaft einer roten Fahne wegen das Leben und die Gesundheit hunderter Kranker auf das Spiel setzt. Würde die Arbeiterschaft der schwarz-weiß-roten Fahne wegen einen Streik vom Zaune brechen, man hätte von bürgerlicher Seite nicht genug Worte, um sie zu verdammen. Die Frivolität der Greifswalder Aerzte ist schlechterdings nicht zu überbieten.

Regelung der Kommandogewalt.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit:

Zur Besprechung des Gesetzentwurfs, betreffend Neuregelung der Kommandogewalt findet Dienstag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus eine Sitzung der Zentralräte aller Armeekorps statt. Jeder Zentralrat hat auf eigene Kosten zwei Delegierte zu entsenden.

Rücktritt des Präsidenten Kuhnt?

W. T. B. meldet aus Wilhelmshaven: Der Präsident des Freistaates Oldenburg Kuhnt und der Chef des Sicherheitswesens Dorn sind auf vier Wochen beurlaubt. In der Bevölkerung wird angenommen, daß das eine Folge der letzten Unruhen ist und beide auf ihren Posten nicht wieder zurückkehren werden.

Beendigter Streik.

Stettin, 31. Januar. Der Ausstand der städtischen Gas- und Wasserwerksarbeiter ist beigelegt. Der Betrieb ist gestern noch wieder aufgenommen worden.

Die Regierung gegen das Rätesystem.

Die gestrige Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin sowie der kommunalen Räte der Groß-Berliner Gemeinden hat ein politisch bedeutungsvolles Ergebnis gehabt. Die Resolution Däumigs, die in energischer Weise für die Erhaltung des Rätesystems eintritt, wurde mit großer Majorität angenommen und ebenso der Antrag, der den Zentralrat auffordert, ehestens einen allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen, der zu der Nationalversammlung und dem Verfassungsentwurf Stellung nimmt, also auch die staatsrechtliche Stellung der Räte zu entscheiden hat. Die Resolution des Sprechers der Mehrheitssozialisten, Cohen-Reuß, blieb in der Minderheit.

Der Verlauf der Versammlung bestätigt nur die Tatsache, daß die Politik der Regierung in immer steigenden Gegensatz zu den Trägern der Revolution geraten ist. Es zeigt sich, daß ein wachsender Teil der Rechtssozialisten sich der Erkenntnis nicht mehr verschließt, daß die Gesamtpolitik der Regierung immer mehr eine Richtung eingeschlagen hat, die mit den Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus unvereinbar ist.

Der Erlaß der Regierung über die Kommandogewalt hat bei den Soldatenräten stürmischen Widerspruch gefunden. Sie haben erkannt, daß die Methoden, die die Regierung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, wie sie sagt, anwendet, uns in die Gefahr bringt, daß das alte militaristische System wieder aufgerichtet wird. Und zwar in seiner schlimmsten Form, in der Form des Söldnertums, wobei zugleich dem alten Offizierkorps, dem zuverlässigsten Träger gegenrevolutionärer Bestrebungen, alle Macht in die Hände gespielt wird.

Auf der anderen Seite geht die Politik der Regierung dahin, das Rätesystem aller Bedeutung zu entkleiden, in dem sie auch den Arbeiterräten alle gesetzlichen Befugnisse vorenthält und dadurch die Stellung der Räte in den Betrieben immer unhaltbarer macht. Jetzt haben die Berliner A.- und S.-Räte das ganze Problem aufgerollt. Sie fordern, daß über die Stellung der Regierung Klarheit geschaffen wird, und sie verlangen mit Recht, daß die Regierung, die von den A.- und S.-Räten ihr Mandat empfangen hat, nicht über die Köpfe ihrer Auftraggeber hinweg die Entscheidung in dieser Schicksalsfrage der revolutionären und sozialistischen Bewegung fällt. Deshalb soll ein neuer Kongreß aller Räte einberufen werden, und wir denken, der Zentralrat kann sich dieser Forderung um so weniger entziehen, als der Berliner Beschluß ohne Zweifel im ganzen Reiche laute Zustimmung und Billigung finden wird. Der Zentralrat kennt diese Stimmung genau und weiß, daß, wenn nicht die Unabhängigen auf eine Vertretung in ihm verzichtet hätten, es ohnedies keinem Zweifel unterliegen könnte, daß dem Berliner Antrag Folge gegeben würde.

Das weiß auch die Regierung, und sie sucht der heraufziehenden Gefahr vorzubeugen. Sie beantwortet den Beschluß mit folgender Erklärung, die Wolffs Bureau verbreitet:

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte der Groß-Berliner Gemeinden hat in ihrer Freitagsitzung mit 489 gegen 362 Stimmen sich für den Antrag Däumig entschieden. Die angenommene Resolution fordert den Zentralrat der A.- und S.-Räte Deutschlands auf, so schnell wie möglich, mindestens aber im Laufe des Februar einen allgemeinen Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands einzuberufen. Dieser Kongreß soll zur Nationalversammlung und zum Verfassungsgesetz Stellung nehmen und außerdem über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte entscheiden.

Dazu wird von zuständiger Seite erklärt: Es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland repräsentiert, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem [illegible]

Berliner Versammlung Folge zu leisten, zumal nicht ohne weiteres festzustellen sein wird, wie sich die A.- und S.-Räte des übrigen Deutschlands zu dem Berliner Beschluß stellen wollen. — Das **Berliner Abstimmungsergebnis** hat schon darum **keine Bedeutung** (!), weil die kommunalen A.- und S.-Räte paritätisch, nicht aber nach dem wirklichen, durch die Nationalwahl erwiesenen Verhältnis der Mehrheitssozialisten zu den Unabhängigen zusammengesetzt sind.

Es kennzeichnet die sozialistische Regierung, daß sie einen Beschluß der berufenen Vertreter der **gesamten** Berliner Arbeiter und Soldaten als **bedeutungslos** hinzustellen wagt, und dies, wo sie sehr genau weiß, daß die Berliner Vertreter in diesem Falle nur der ganz allgemeinen Stimmung der Beunruhigung und Erbitterung über die Politik der Regierung gegenüber den Räten Ausdruck geben.

Noch bezeichnender aber ist es, wie die Regierung dem **Zentralrat**, der die höchste politische Macht verkörpert, Vorschriften zu machen wagt und seine Stellungnahme vorweg nimmt. Wir denken, der Zentralrat würde vollends jedes Ansehen verlieren, wenn er sich seinen Entschluß von der Regierung vorschreiben ließe. Es wäre an sich ganz unverständlich, wenn das gewählte Organ der Arbeiter- und Soldatenräte dem Wunsche seiner Auftraggeber nicht nachkommen würde. Nach dieser Regierungserklärung aber ist die Ablehnung des Berliner Beschlusses dem Zentralrat geradezu **unmöglich**. Denn er würde sich dadurch selbst aufgeben und zu einem bloßen Parteiwerkzeug einer Regierung herabwürdigen, deren Politik unter allen Umständen zu decken dann seine einzige Aufgabe wäre.

So schafft diese Erklärung der Regierung erwünschte **Klarheit**. Sie bedeutet die **schärfste Stellungnahme gegen die Arbeiter- und Soldatenräte**, denen sie nicht einmal mehr erlauben will, sich zu versammeln und ihre Meinung kundzutun. Sie bedeutet den **Konflikt mit dem Zentralrat**, dem gesagt wird, daß er einfach zu beschließen hat, wie die Regierung befindet. Sie bedeutet schließlich, daß die Regierung bereit ist, mit der **bürgerlichen Majorität** der Nationalversammlung **gegen die Vertretung der revolutionären Arbeiter und Soldaten** zu kooperieren.

Wir denken, das genügt vorerst. Aufgabe **aller** Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche wird es jetzt sein, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ihre Beschlüsse zu fassen und danach **zu handeln**.

Tagung der Groß-Berliner A.- und S.-Räte.

Gestern vormittag 10 Uhr begann in dem großen Saal der **Philharmonie** die Tagung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Es ist eine Versammlung, wie sie Berlin seit der denkwürdigen ersten Sitzung im Zirkus Busch am 10. November noch nicht gesehen hat. Mehr als 1200 Delegierte sind erschienen.

Richard Müller

teilt mit, daß die Tagesordnung nicht vom Vollzugsrat, sondern von den Fraktionen, die unabhängig darüber beraten haben, festgesetzt worden sei. Die in der vorigen Vollversammlung der Arbeiterräte angenommenen Richtlinien seien am 19. Januar dem Rat der Volksbeauftragten zur Kenntnis gegeben worden. Er ist gebeten worden, zu den Richtlinien baldigst Stellung zu nehmen und dieselben im Reichsanzeiger zu veröffentlichen. Bis heute habe der Rat der Volksbeauftragten darauf **keine Antwort erteilt**. (Hört! Hört!) Der Zentralrat, wie auch der Rat der Volksbeauftragten sei zu der heutigen Versammlung eingeladen worden. Der Zentralrat habe einige Mitglieder zur Information entsandt. Der Rat der Volksbeauftragten dagegen hat **seine Teilnahme an der Versammlung abgelehnt**, mit der Begründung, daß nach dem Beschluß des Reichskongresses der A.- und S.-Räte die Volksbeauftragten nicht der Kontrolle örtlicher Arbeiterräte unterstehen. Diese Kontrolle sei vielmehr dem Zentralrat übertragen worden. Mit demselben Recht könnten auch andere Orte verlangen, daß die Regierung auf den Versammlungen ihrer Arbeiterräte erscheine. Die Zusammenziehung der Truppen in Berlin sei erfolgt, um „Ruhe und Ordnung" zu schaffen. Da diese Aufgabe der Truppen erfüllt sei, seien sie wieder aus Berlin verlegt worden. Von einer dauernden militärischen Besetzung Berlins könne also nicht die Rede sein.

Der erste Punkt der Tagesordnung lautet: **Rätesystem — Nationalversammlung — Verfassungsgesetzentwurf**.

Die Atmosphäre der Versammlung ist mit Elektrizität geschwängert, die nach Entladung drängt. Bereits bei den Mitteilungen Richard Müllers zeigt sich eine starke Erregbarkeit der Versammelten, die noch stärker bei den ersten Sätzen des Referenten **Cohen-Reuß** zum Ausdruck kommt. Zu Beginn seiner Ausführungen wird er von einem Teil der Mehrheitssozialisten, die unmittelbar vor der Rednertribüne Platz genommen haben, stark applaudiert. Bald ändert sich indessen das Bild und aus der Mitte der Versammlung macht sich starker Widerspruch bemerkbar, der oft zu längeren Unterbrechungen des Redners führt, so daß der Vorsitzende wiederholt um Ruhe ersuchen muß.

Cohen

führt etwa aus: Die heutigen Beschlüsse seien von weittragender Bedeutung. Er wünscht darum, daß die Verhandlungen in einem Geiste geführt werden, wie es unter Sozialisten seit Jahren üblich gewesen ist. Auf dem Rätekongreß stand die Frage: Rätesystem oder Nationalversammlung? Der **Kongreß** hat sich für die Nationalversammlung entschieden. Damit ist auch für uns die Frage erledigt.

Heute handelt es sich nicht um das Entweder — Oder. Nachdem auf demokratischer Grundlage Vertretungskörperschaften für das Volk im Reich, im Staat und in der Gemeinde geschaffen worden sind, haben die Arbeiterräte ihre politische Bedeutung verloren. Ich bin aber nicht der Ueberzeugung, daß sie nunmehr **ganz verschwinden** werden. Sie wollen vielmehr **zu neuer Bedeutung** auf höherer Stufe erstehen. In den Betrieben werden sie eine große Rolle spielen. Dann sollen aber auch **Produzentenkammern** aus Vertretern aller Berufe gebildet werden. Auf diesem Gebiete können die Arbeiterräte ersprießliches leisten, wenn sie, wie ich hoffe, mit den **Gewerkschaften zusammenarbeiten**. (Widerspruch.) Natürlich mit den Gewerkschaften, denn grundlegende Arbeitsbedingungen lassen sich nicht lokal regeln, sondern müssen zentral festgesetzt werden. Die Produktion muß auf volle Höhe gebracht werden. (Zuruf: Die **Unternehmer** wollen ja nicht!) Gegen diese muß schärfstens vorgegangen werden. Aber wir müssen auch die **Arbeitsunlust** besiegen, die einen großen Teil der Arbeiterschaft ergriffen hat. (Stürmische Unterbrechungen.) Ueberall herrscht Mangel an Arbeitskräften, wir kommen um einen **Arbeitszwang** nicht herum. (Unruhe und Zwischenrufe.) Gewiß, auch die kräftigen Bourgeoissöhnchen wollen wir heranziehen. Die Arbeiterräte müssen uns helfen, die Arbeiterschaft zur Tätigkeit zu ermutigen. Die **Löhne** haben eine Höhe erreicht, die auf die Dauer unseren Untergang bedeuten (starker Widerspruch). Wir müssen mit Produkten bezahlen und können dies nur, wenn die Preise der Weltproduktion entsprechen.

Die **Soldatenräte** werde mit der Auflösung des stehenden Heeres ganz verschwinden. Jetzt haben sie die Aufgabe zu erfüllen, bei der Durchführung der neugeregelten Kommandogewalt zu helfen. Ich habe erklärt, daß wir bereit sind, **erneut zu verhandeln**, aber wir müssen verlangen, daß solange die bestehende Verordnung respektiert wird (Langanhaltender Proteststurm). Wir dürfen nicht dahin gelangen, daß Jeder nur die Gesetze anerkennt, die ihm passen. (Starker Widerspruch.) Sie sind doch von der Instanz geschaffen, die Sie selbst eingesetzt haben. (Zuruf: Vertrauensbruch!)

Bei der Beratung des Preußischen **Verfassungsentwurfs** durch die einzelstaatlichen Vertreter traten der radikale Eisner und auch Heine für Aufrechterhaltung der Hoheitsrechte der Kleinstaaten ein. Daran ist der Entwurf gescheitert. Wir als Sozialdemokraten wollen **mit der Kleinstaaterei aufräumen** unter Zubilligung weitgehender Selbstverwaltung. Auch Preußens Uebergewicht mußte schwinden. Nicht um eine Zerschlagung Preußens, sondern um den Neuaufbau Deutschlands handelt es sich. Aber wir treffen den Partikularismus auf allen Seiten an.

Das Einkammersystem ist durchaus nicht etwas sozialistisches. Das Staatenhaus kann sehr nützlich sein, namentlich wenn es kein bloßer Abklatsch des Volkshauses ist. Es soll aber nur ein Zurückverweisungsrecht haben.

Die **Einigung des Proletariats** muß kommen, davon sind wir im tiefsten Innern überzeugt. Da müssen wir gegenseitig Konzessionen machen. (Zuruf: Ihr müßt Sozialisten werden.) Nun ja, ein jeder sieht die Dinge mit seinen Augen. Wir sind an einem kritischen Punkte angelangt. Darüber müssen wir hinwegkommen, sonst sind wir erledigt. (Teilweise Beifall.)

Hierauf erhielt

Däumig

das Wort zu seinem Korreferat:

Es handelt sich um **Sein oder Nichtsein** der Arbeiter- und Soldatenräte, denn tatsächlich sollen sie in absehbarer Zeit verschwinden. Handelte es sich lediglich um die Organisationsform der A.- und S.-Räte, wäre jedes Wort überflüssig. Aber es geht um die Neuordnung der Dinge in Deutschland. Die neue Zeit bedarf neuer Mittel und Wege. Der Deutsche hat die verdammte Untertanenseligkeit mit in die Revolution herübergenommen und betet nun den Götzen Demokratie an. Die A.- und S.-Räte sind eine revolutionäre Errungenschaft, sie sind Träger der Revolution und jetzt nach drei Monaten schaufelt man ihnen das Grab. Und leider sitzt mancher Totengräber in ihren eigenen Reihen. (Sehr richtig.) Wem verdankt denn die heutige Regierung ihre Stellung außer den A.- und S.-Räten? Und jetzt will sie diesem System die Schlinge um den Hals legen. In einer im Vorwärts-Verlag erschienenen Broschüre: Was das Rätesystem kann und nicht kann, heißt es: die A.- u. S.-Räte waren die Notbrücke, um die kapitalistische, dynastische, militaristische Räuberburg einnehmen zu können. Haben wir sie wirklich schon eingenommen? Deshalb darf das **Rätesystem auch nicht verschwinden**. Die Vertrauensseligkeit gegenüber konterrevolutionären Kräften ist der schlimmste Fehler, der begangen werden kann. (Zuruf: Ihr ruft die Kräfte.) Nein, wir geben keine Schieberlasse heraus und keine Werbeplakate. (Stürmischer Beifall.) Es heißt, der **Militarismus** ist überwunden, zusammengebrochen. Das ist keineswegs der Fall. Anstatt mit allen Kräften auf diesem Gebiete entgegenzuwirken, zieht man den **korruptesten Militarismus** groß. (Beifall und Unterbrechungen.) Wir haben den Geist bemerkt, der im Offizierskorps herrscht. Diese reaktionären Elemente werden ihre Waffen nicht im Interesse des Proletariats gebrauchen. Wo kommen denn die Mittel für die außergewöhnliche Bezahlung der Freiwilligenkorps her?

Die Soldatenräte haben alle Ursache, sich gegen die Neuregelung der Kommandogewalt zu wenden, denn sie entspricht nicht dem Beschluß des Rätekongresses. Es handelt sich um Wiederherstellung des alten Systems, für das in der Revolution kein Platz mehr ist.

Wenn den Arbeiterräten die politischen Aufgaben genommen werden, können sie nicht leben. Auch frühere Gegner des Rätesystems nehmen jetzt, nach den Wahlen zur Nationalversammlung an, daß zur Sicherung der Revolution die A.- und S.-Räte unbedingt notwendig sind. Die Regierung habe sich die Arbeiterräte unterstellt und die Freiheit des Handelns genommen. Im Interesse der Arbeiterschaft und der Kultur seien die A.- und S.-Räte unbedingt notwendig. Die bürgerlichen Parteien erwarten, daß die Arbeiterräte nach den Wahlen verschwinden. Glauben Sie denn, daß durch die Gemeindewahlen das sozialistische Paradies in den Gemeinden einzieht und die Junkerherrschaft beseitigt ist?

Der **Verfassungsentwurf** hat keinen proletarischen Einschlag. Die Arbeiterräte haben keinen Platz in ihm gefunden. Seit der Ausschreibung der Nationalversammlungswahl rühren sich die reaktionären Beamten und sucht die Regierung die Rechte der Arbeiterräte zu beschneiden. Alle Arbeiterräte haben unter den dadurch entstandenen Schwierigkeiten mit den Unternehmern jetzt zu leiden. Die Arbeitslosen bilden ein soziales Element, dem man durch Entziehung des Vertretungsrechts im Arbeiterrat die revolutionäre Kraft bricht. Daß die großstädtischen Arbeiter nicht in die Kohlengruben einziehen wollen, ist doch verständlich. Dafür gebe es eine Reihe wichtiger Gründe. Freilich: die Arbeiter müssen zur Arbeit herangezogen werden, aber sie werden nur folgen, wenn sie in dem Bewußtsein leben, daß sie **nicht mehr für eine kleine Gruppe Kapitalisten arbeiten**. (Stürmischer Beifall.) Es werde in der Arbeiterschaft nicht eher Ruhe eintreten, ehe nicht der Sozialismus eingeführt sei. (Starker Beifall.) Für die Einigkeit des Proletariats gebe es als Basis das Rätesystem, auf der sich alle revolutionären Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe zusammenfinden können, trotz der Zugehörigkeit zu verschiedenen Parteien.

Die Gewerkschaften, die gewiß Gutes geleistet haben, würden, wie in England, so auch bei uns durch die Arbeiterräte in ihrer Bedeutung zurückgedrängt werden.

Die partikularistischen Zerstückelungsbestrebungen, denen er aufs schärfste widerspreche, entspringen kapitalistischen, klerikalen und spießbürgerlichen Interessen, die am besten durch eine Zusammenfassung aller A.- und S.-Räte bekämpft werden können.

Die Forderung der Stunde sei ein **Reichskongreß aller A.- und S.-Räte Deutschlands**, der die Rechte und Kompetenzen der Räte festzusetzen habe. (Starker Beifall bei einem großen Teil der Versammlung.)

Diskussion.

Dem ersten Diskussionsredner, den die demokratische Fraktion stellt, wird unbeschränkte Redezeit bewilligt.

Dr. Michaelis (Demokratische Fraktion) fordert für Beschränkung der Tätigkeit der Arbeiterräte auf wirtschaftlichem Gebiete. Nach der Nationalversammlung könnten die **Arbeiterräte als politische Organe nicht mehr bestehen bleiben**, ebensowenig die kommunalen Arbeiterräte nach den Wahlen der Gemeindevertretungen. (Lebhafter Widerspruch.) Redner regt ferner die Reduzierung der Vollversammlung auf ca. 150 Mitglieder an, damit die Versammlung aktionsfähig werde. Bis jetzt hätten die Arbeiterräte nichts Positives geleistet. (Ihre Schuld.)

v. Gerlach (als Vertreter der preußischen Regierung) erklärte, daß er in Vertretung des Ministers Hirsch erschienen sei, um Aufklärung geben zu können. Durch die Notverordnung für Preußen sei die Aufhebung der Gemeindevertretungen und deren Neuwahl auf demokratischer Grundlage angeordnet worden. Damit würden auch die Kreistage und Kreisausschüsse, sowie die Provinziallandtage anders zusammengesetzt werden. Die Regierung habe es für gut befunden, die Demokratisierung Preußens aber von unten auf durchzuführen. Nicht aus Partikularismus, sondern aus Altruismus habe die preußische Regierung gegen den Verfassungsentwurf Stellung genommen. (Zuruf: Und die Arbeiterräte?) Redner bemerkte dazu, nur den Auftrag zu haben, Auskünfte zu geben und nicht, sich in die Streitigkeiten einzumischen.

Es wurde beschlossen, daß die Diskussionsredner in der Reihenfolge nach ihrer Parteistellung, abwechselnd, Unabhängige, Rechtssozialisten und Demokraten zu Wort kommen sollen.

Richard Müller: Die Streiks hätten in den sozialen Verhältnissen der Arbeiter ihre Ursache. Die Streiks aus politischen Gründen würden nicht eher aufhören, ehe nicht die Sozialisierung in Angriff genommen würde. Der wirtschaftliche Ruin läge aber in der Hauptsache in den Verhältnissen und dem Verhalten der Unternehmer begründet. Die Braunkohlengruben haben genügend Kohlen gefördert. Es fehle an den Transportmitteln. In der Lokomotivenfabrik von Schwartzkopff mußte in der vorigen Woche die Arbeitsschicht auf 24, und in dieser auf 36 Stunden herabgesetzt werden. (Zuruf: weil die Former streiken.) Die Former verlangten lediglich Abschaffung der Akkordarbeit. Trotz Drängen des Vollzugsrats hätten die Volksbeauftragten zur Beilegung des Streikes nichts getan. Dadurch gelang es den Unternehmern, ihren Herrenstandpunkt durchzusetzen. Bei Borsig könne nicht gearbeitet werden, da den Arbeitern kein Geld ausgezahlt werden könne. Das Reichsschatzamt greift nicht ein. In sehr vielen Fabriken stockt die Produktion, weil kein genügendes Werkzeug vorhanden sei. Hier zeigen sich die Folgen der Kriegswirtschaft. Die Firma Stock habe Aufträge in Höhe von 8—10 Millionen Mark erhalten. **Rohstoffe seien genügend vorhanden. Die Kapitalisten haben aber trotzdem die Aufträge zurückgezogen.** Die Kapitalisten hätten eben kein Interesse an der Produktion. Auch die Ziegeleien und Zementfabriken, die jetzt für den Sommer arbeiten müßten, stehen still, obgleich Kohle und Rohmaterial vorhanden sei. Es sei aber notwendig, daß die Unternehmer unter die Kontrolle der Arbeiter gestellt werden. Nur durch gemeinsames Wirken der Hand- und Kopfarbeiter könne der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands aufgehalten werden.

Katzenstein (Rechtssozialist) wendet sich gegen eine politische Tätigkeit der Arbeiterräte. Man dürfe nicht einer Mehrheit gegen ihren Willen den Sozialismus aufzwingen. Sowohl gegenüber den Arbeitern wie auch gegenüber den Unternehmern werde man über den Zwang zur Arbeit nicht hinwegkommen. Redner wünscht eine Reichskonferenz der A.- und S.-Räte nicht.

Rektor **Fischer** (Demokratische Fraktion) spricht für Einschränkung der politischen Rechte der Arbeiterräte und für die Anwendung der Demokratie im politischen Leben. Er ermahnt die sozialistischen Parteien zur Einigung.

Tost (Unabhängiger Sozialist): Die Regierung selbst habe den demokratischen Grundsatz nicht innegehalten. Sie habe den Offizieren Rechte gegeben und den Soldatenräten die Rechte, die sie sich in der Revolution errungen, genommen. Das sei eine Bevorzugung der alten reaktionären Kaste und eine Benachteiligung der revolutionären Arbeiterklasse. Redner fordert Ausbau des Systems der A.- und S.-Räte und Einberufung eines Reichskongresses neben der Nationalversammlung.

Lange (Rechtssozialist): Der Hauptfehler ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber den politischen Dingen vernachlässigt worden sind. Die Arbeitsunlust wäre überwunden, wenn von vornherein der Sozialismus stärker zur Geltung gekommen wäre.

Luban (Demokrat) weist darauf hin, daß die Beamten aus Liebe zum deutschen Volk nicht gestreikt haben. Die dringendste Forderung sei ein Heimstättengesetz.

Ein **Schlußantrag** wird angenommen, doch erhält der Kommunist **Bärs** erst noch das Wort. Er sagte wer die wirtschaftliche Macht hat besitzt auch die politische. Deshalb hätte längst mit Verwirklichung des Sozialismus Ernst gemacht werden müssen. Mit Wahlen läßt sich das nicht machen.

Er verliest einen Antrag, daß **Ledebour** sofort frei zu lassen sei, um seine Tätigkeit im Vollzugsrat ausüben zu können. Ferner wird für die Mitglieder des Vollzugsrats Immunität gefordert.

Dann folgte das **Schlußwort Däumigs**:

Was mich am meisten wundert, ist das geringe Verständnis darüber, was wir aus dem neuen Deutschland machen wollen. Wir hatten und haben teilweise heute noch den Obrigkeitsstaat. Was es zu schaffen gilt, ist ein Staatswesen, in dem Oekonomie und Politik eine Einheit bilden. Da müssen wir mit neuen Methoden vorgehen. Man stellt das, was wir erstreben, als eine Todsünde an der Demokratie hin. Ohne ökonomische Freiheit gibts keine Demokratie und keine politische Freiheit. Bei den Wahlen am 19. Januar sprachen noch vielfach die alten Ideologen mit. Wir wollen dem wirklich Arbeitenden das Verfügungsrecht über den Staat geben, das ist unsere Diktatur. Das wird aber keine kleine Minderheit sein. Aber jene Minderheit schreit jetzt am meisten, die bisher die Diktatur ausübte.

Cohen-Reuß, oft durch seine Ausführungen minutenlangen stürmischen Widerspruch hervorrufend, sagte etwa folgendes:

Wir haben leider aus Mangel an geeigneten Kräften manches beim Alten lassen müssen. Aber haben wir nicht auch verheißungsvolle Grundlagen geschaffen, wie wir sie früher nicht hatten. Nur auf dem Boden der Demokratie ist die Macht des Kapitals zu brechen. Ob uns die Sozialisierung glücklicher machen wird, wissen wir nicht. (Lebhafter Widerspruch.) Wir werden in Deutschland immer nur die Summe von Sozialismus haben, die die Mehrheit will. Mit der politischen Macht ist das nicht zu machen, sondern in allmählicher, organischer Entwicklung. Auf eine Weltrevolution dürfen wir nicht rechnen. Auch wir können nicht dauernd Revolution machen, sondern müssen einmal zu arbeiten beginnen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde dann über die von den beiden Referenten vorgelegten Resolutionen mittels Stimmzettel abgestimmt.

Die von **Däumig** eingebrachte Resolution erhält mit 482 Stimmen **die Mehrheit**. Für die Resolution **Cohen** werden 362 Stimmen abgegeben.

Resolution Däumig.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die Träger der revolutionären Errungenschaften. Eine baldige Neuordnung Deutschlands in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Beziehung ist nur möglich unter aktiver Beteiligung des werktätigen Volkes, das sich in den Arbeiter- und Soldatenräten eine der Umwälzung des Staatswesens entsprechende Vertretung geschaffen hat. Die Festigung und der Ausbau der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Erweiterung und Vertiefung ihrer Wirksamkeit liegt im Interesse des werktätigen Volkes, der Sozialisierung und der freiheitlichen politischen Neugestaltung Deutschlands.

Den Arbeiter- und Soldatenräten drohen aber nach dreimonatigem Bestehen schwere Gefahren. Die **Bureaukratie** des alten Regimes setzt ihnen passiven und aktiven Widerstand

entgegen. Das kapitalistische Unternehmertum versagt mehr und mehr den Arbeiter- und Soldatenräten die Anerkennung. Die Soldatenräte sollen durch Regierungsverfügungen und infolge der wiedererwachten Anmaßung des Offizierkorps um die ihnen vom ersten Rätekongreß zugesprochene Kommandogewalt gebracht und zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden.

Vor allem droht aber den Arbeiter- und Soldatenräten aus der Nationalversammlung eine ernste Gefahr. Diese gesetzgebende Körperschaft hat eine starke rätefeindliche Mehrheit. Es ist zu erwarten, daß diese Mehrheit ihre Macht dazu mißbrauchen wird, die Arbeiter- und Soldatenräte völlig zu beseitigen.

Des weiteren werden in dem der Nationalversammlung vorgelegten Entwurf des neuen Staatsverfassungsgesetzes die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt nicht erwähnt. Würde dieser Entwurf Gesetz, so hätten die Arbeiter- und Soldatenräte jedes Lebensrecht verloren. Die Verfassung des neuen Deutschland wäre auf einer bürgerlich-demokratischen Grundlage, ohne jeden proletarischen Einschlag, aufgebaut.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben also damit zu rechnen, daß sie in absehbarer Zeit aus dem öffentlichen Leben verdrängt und ein unrühmliches Ende nehmen werden.

Die Arbeiter- und Soldatenräte würden ihre Pflicht gegenüber dem werktätigen Volke gröblich verletzen, wenn sie sich willenlos und schweigend ausschalten ließen.

Die am 31. Januar 1919 in der Philharmonie tagende, von über 2000 Teilnehmern besuchte Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte der Gemeinden Groß-Berlins richtet daher an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Aufforderung, Schulter an Schulter mit ihr gegen jede offene oder versteckte Vergewaltigung der Arbeiter- und Soldatenräte anzukämpfen. Die Vollversammlung fordert alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf mit ihr gemeinsam vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die schleunige Einberufung eines Rätekongresses, mindestens im Laufe des Monats Februar, zu verlangen. Die Einberufung kann, unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Demobilisierung, nach demselben Modus erfolgen wie beim ersten Rätekongreß.

Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Es gilt Euer Sein, es gilt Eure Wirksamkeit für Sozialismus und politische Freiheit, es gilt das Wohl des werktätigen Volkes. Seid wachsam und bietet der drohenden Gefahr die Stirn!

Antrag.

Die am 31. Januar 1919 in der Philharmonie tagende Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte der Groß-Berliner Gemeinden fordert den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf, einen allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen, der zu der Nationalversammlung und zu dem Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes Stellung zu nehmen und über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zu entscheiden hat.

Resolution Cohen.

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches schon vor der Revolution hat das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, daß die Reichsverfassung die eines Einheitsstaates mit starker zentraler Gewalt immer mehr angenähert werde.

2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis dringend bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und Außenentwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die parallele Verwertung der revolutionären Organisationen (A.- u. S.-Räte) in der endgültigen Verfassung der sozialen Republik als einheitlich wirkende Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands, tut die Richtung auf den einheitlichen Staat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum stärkere Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen sozialen Republik, und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung, so daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet und gehemmt erscheint und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkriegs und des wahrscheinlichen Friedensvertrags durch einzelstaatliche Zersplitterung weiter verhindert zu werden droht.

5. Neben der Eingliederung der A.- und S.-Räte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen und zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands, für die Nationalversammlung die schädliche Wiedererstehung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Kulturinteressen hinausgeht, auf das Entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür innerhalb und außerhalb der Nationalversammlung einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.

Zum Schluß der Sitzung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Das Mitglied des Vollzugsrats Ledebour sitzt seit längerer Zeit im alten Zuchthaus in der Lehrter Straße wegen politischer Vergehen in Einzelhaft, während die Mörder Liebknechts und Luxemburgs noch volle Freiheit genießen. Ein Fluchtverdacht Ledebours ist nicht vorhanden. Auf das Verfahren soll kein Einfluß ausgeübt werden, aber Ledebour ist sofort auf freien Fuß zu setzen, damit er seine Tätigkeit als Vollzugsratsmitglied wieder aufnehmen kann. Die Versammlung verlangt überhaupt für die Mitglieder des Vollzugsrats dieselbe Immunität wie für die früheren Reichstagsabgeordneten."

Diese Resolution wurde von der Versammlung gegen 1 Stimme (Simon Katzenstein) angenommen.

Falkenhayn meldet sich.

General von Falkenhayn ist von seinem Posten geschieden. Er war der Organisator des verbrecherischen Angriffs auf Verdun, der Hunderttausenden deutschen Soldaten das Leben kostete und mit einer Niederlage endete. Nach dem Mißlingen seines wahnwitzigen Planes, den Gegner an der stärksten Seite zu packen und zu schlagen, wurde er kommandierender General der 10. Armee, die bis zuletzt im Osten kämpfte. In einem Abschiedsbefehl an die Armee kann es sich Herr Falkenhayn nicht versagen, seinen Haß gegen die Revolution und ihre Träger kundzutun. Er sagte wörtlich:

„In meinem bewegten Soldatenleben habe ich Schönes und Häßliches, Begeisterndes und Schweres in vielfachem Wechsel erfahren: niemals so Häßliches und so Schweres wie in jenen düsteren Novembertagen in Minsk, in denen auch in den Reihen der Armee der Aberwitz verbreitet wurde und Glauben fand, daß durch die Friedensbereitschaft Deutschlands die ihm von äußeren wie inneren Feinden drohenden Gefahren beseitigt seien, und daß man deshalb ungestraft die alten Grundlagen unserer Wehrkraft zerstören könne, ja zerstören müsse, um schneller freie Bahn für die Verwirklichung politischer Zukunftsträume zu schaffen. Wie dieser Wahn das deutsche Volk unendlich tiefer ins Elend gestürzt hat, als selbst der Verlust des Krieges, so drohte er unserer Armee, die sonst nichts zu fürchten hatte, Verderben zu bringen.

Dennoch gehe ich von der Armee nicht verzagt, sondern voll froher Zuversicht. Jeder Tag in den letzten Monaten hat Uebles, aber in steigendem Maße auch Beweise für die Gesundung erbracht. Der Sinn für Recht und Wahrheit, die Vernunft mag in dumpfen Gehirnen von Menschen dauernd erstickt werden können, die soeben der Sklaverei entronnen sind oder vielmehr zu sein glauben; in den Köpfen deutscher Soldaten kann er es nicht. Nach unseren Erfahrungen bezweifelt kein Ehrlicher mehr, daß die Führung im Felde niemals unverantwortlichen Körperschaften mit Zufallsmehrheiten aus Laien anvertraut werden darf, sondern nur Sachverständigen . . ."

Herr Falkenhayn lehnt es schließlich noch ab, den Soldatenräten seiner Armee den Dank für ihre Tätigkeit auszusprechen. Er zieht ihr Wirken vielmehr in den Schmutz und beschuldigt sie, der Wahrheit zuwidergehandelt und Untreue verübt zu haben. Die Soldatenräte werden auf den Dank dieses Militaristen, der Ströme nutzlos vergossenen Blutes auf seinem Gewissen hat, gern verzichten. Aber daß dieser Herr, der mit zu den Urhebern des Weltkrieges zählt, der mitgewirkt hat, jeden rechtzeitigen Frieden zu hintertreiben und dieserhalb in den Anklagezustand versetzt sein müßte, wenn wir eine wirklich sozialistische Regierung hätten —, daß dieser Herr derartiges zu schreiben wagt, zeigt uns mit aller Klarheit, auf welch bedenkliche Basis die Revolution im Zeichen der Ebert-Scheidemann-Regierung angelangt ist.

Herr Falkenhayn hofft zum Schluß, daß die kraftvoll gehandhabte Disziplin wiedererweckt und dem deutschen Heere erhalten bleibt. Noske, sein kleiner Nachahmer, hat in diesem Sinne gut vorgearbeitet. Bleibt die Regierung am Ruder, dann wird es nicht lange dauern, und die Falkenhayns werden wieder bestimmend auf die innere und äußere Politik des deutschen Volkes einwirken, es von neuem ins Unheil und Verderben stürzen.

Eine anrüchige Geschichte.

Aus Solingen wird uns verspätet berichtet: Hier wurden am 18. Januar auf Betreiben der Scheidemänner die leitenden Personen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von der englischen Behörde verhaftet. Seit Wochen hatten die Scheidemänner unter der Führung des Geschäftsführers Schaal, des Busenfreundes Philipp Scheidemanns, unsern leitenden Genossen als Kommunisten und Spartakisten denunziert, um die englische Besatzungsbehörde zum Einschreiten gegen sie zu veranlassen. Kürzlich hatte Schaal in einem Inserat zur Nationalversammlung, das er hinter dem Rücken der Redaktion in die „Bergische Arbeiterstimme" hineingeschmuggelt hatte, in aufsässigem Ton geschrieben, in Solingen segelten die Spartakusleute unter unabhängiger Flagge. Daraufhin wurde er seines Postens als Geschäftsführer des Blattes entsetzt, der Beschluß sollte einer Mitgliederversammlung der Genossenschaftsdruckerei zur Bestätigung vorgelegt werden. Jetzt hat Schaal seine endgültige Kaltstellung durch einen gemeinen Streich gegen unsere Parteileitung und die Redaktion des Blattes zu hintertreiben gesucht. Zwei Spartakusleute hatten bei der Geschäftsleitung ein Plakat bestellt mit der Aufschrift: „Auf zum Protest wegen der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs". Die Geschäftsleitung druckte das Plakat, ohne es der englischen Behörde zur Genehmigung vorzulegen. Weder die Redaktion noch die Parteileitung der U. S. P. wußte etwas davon. Mittags um 2 Uhr erschienen plötzlich englische Soldaten und verhafteten wegen des nicht genehmigten Plakats den politischen Redakteur, Genossen Merkel, den in der Redaktion tätigen Genossen Kretzen und den Parteisekretär Genossen Bellert. Der Lokalredakteur Genosse Christmann entging seiner Festnahme nur, weil er nicht am Orte war, nach ihm wurde von den Engländern gesucht. Von der Geschäftsleitung, der allein die Nichtvorlegung des Plakats zur Last fällt, wurde niemand verhaftet, sie verhandelt im Gegenteil mit den Engländern, die angeblich eine andere Besetzung der bei ihnen als spartakistisch verschrienen Redaktion fordern sollen. Es handelt sich dabei lediglich um den Versuch Schaals, mit englischer Hilfe sich in seiner Position zu behaupten und zu versuchen, das Blatt unserer Partei zu entreißen, was ihm während des Krieges trotz des Belagerungszustandes nicht gelungen ist. Schaal ist derselbe Ehrenmann, der 1915 an den stellvertretenden kommandierenden General in Münster einen Brief geschrieben hat, in dem er anregte, den damaligen leitenden Redakteur, Genossen Dittmann, doch militärisch einzugreifen, was dann auch prompt erfolgte. Die Milde, die die Solinger Genossen an diesem Intimus Scheidemanns damals geübt haben, indem sie ihn in seiner Stellung beließen, hat er ihnen nun mit diesem neuen Schurkenstreich gelohnt.

*

Wie aus Solingen noch gemeldet wird, haben sich die obengenannten Genossen bereits vor dem englischen Kriegsgericht zu verantworten gehabt. Genosse Merkel, der aus Anlaß des Todes von Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Generalstreik aufgefordert haben soll, erhielt vier Monate Gefängnis, der Arbeiter Böß wegen Verbreitung eines Generalstreikplakats ebenfalls vier Monate Gefängnis, und der Parteisekretär Bollert, weil er sich im Besitz eines Revolvers befand, vier Monate Gefängnis und Zwangsarbeit.

*

Wolffs Bureau meldet: Der in einem Fort der Festung Straßburg gefangen gehaltene sozialdemokratische Abgeordnete Böhle ist auf die wiederholten Proteste der deutschen Waffenstillstandskommission hin jetzt von den Franzosen freigelassen worden.

Die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörenden Redakteure Merkel, Kretzer und Bellert sind von der Entente als Spartakisten verhaftet worden. Nach Angabe der Parteileitung gehören die drei verhafteten Sozialisten nicht dem Kommunistenbund an. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob sofort Protest und ersuchte die Entente um Freilassung der Verhafteten.

Ferner ließ die deutsche Regierung an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission eine Mitteilung des Vorstandes der U. S. P. weitergehen, nach welcher im besetzten Gebiet die Zeitungen der U. S. P., die „Freiheit" und die „Leipziger Volkszeitung" verboten sind. Die deutsche Regierung ersuchte um baldmöglichste Aufklärung dieses Falles.

Endgültiges Wahlergebnis in Preußen.

Berlin, 31. Januar. Nachdem jetzt auch das Endergebnis aus dem 8. Wahlkreise Posen vorliegt, wird sich nach den vorläufigen Meldungen der Wahlkommissare die preußische Landesversammlung folgendermaßen zusammensetzen: Sozialdemokratische Partei Deutschlands 145, Christliche Volkspartei 85, Deutsche demokratische Partei 65, Deutschnationale Volkspartei 49, Deutsche Volkspartei 24 und Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ebenfalls 24 Sitze. Außerdem haben erhalten: die Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 1, die Welfen 2 und die Vereinigte deutsch-hannoversche und Zentrumspartei 7 Sitze. — Die Wahlen im 8. Wahlkreise Posen haben ergeben für die Deutschnationale Volkspartei 9, die Deutsche Volkspartei 5, die Christliche Volkspartei 1, die Deutsche demokratische Partei 4 und die Sozialdemokratische Partei 2 Sitze.

Drohender Eisenbahnerstreik im besetzten Gebiet.

Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Infolge der Aufhebung des Achtstundentages in dem von der Entente besetzten deutschen Gebiet steht ein Streik der Eisenbahnangestellten des Eisenbahnbezirks Köln bevor. Die deutschen Behörden haben zwar die Arbeiter und Beamten zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, es sind aber nicht nur für das unbesetzte Deutschland schwere Störungen des Wirtschaftslebens zu erwarten, sondern man muß auch für die Industrie und die Arbeiterschaft des gesamten besetzten Gebiets große Nachteile befürchten. Die Alliierten wurden daher durch eine Note der deutschen Waffenstillstandskommission vom 30. Januar über die Lage der Verhältnisse aufgeklärt und ihnen gleichzeitig ein Schreiben der Eisenbahndirektion Köln befürwortend übermittelt, in dem die Bitte ausgesprochen wird, den Achtstundentag beibehalten zu dürfen.

Der neue Heeresbericht.

Bromberg, 31. Januar. Im weiteren Verlaufe der Gefechte wurde Gromaden, Friedberg und Gr.-Neudorf von unseren Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, zwei Tankgewehre, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsmaterial wurden eingebracht.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung bei den Kriegsgesellschaften.

Gestern nachmittag um 4 Uhr erschienen auf Einladung des Aktionsausschusses aller Berliner Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen gegen 10 000 Angestellte im Zirkus Busch. Sie fanden zunächst die Tore verschlossen. Den Einberufern wurde von den Schutzleuten erklärt, daß die Kohlenstelle Groß-Berlins die Stromlieferung und die Heizung verboten habe. Der Anwesenden bemächtigte sich eine große Erregung. Man erinnerte sich, daß vor einem Jahre die Behörden schon einmal durch das Oberkommando ihre Versammlung verboten hatten. Schließlich wurde den Einberufern erklärt, daß die Zirkusdirektion um Schutz vor der Versammlung bei der Polizei ersucht hätte. Die Menge wurde immer erregter und erzwang sich schließlich den Eingang. Das unerleuchtete Haus füllte sich riesenhaft schnell, konnte aber die Massen nicht fassen und so fand dann in den Sophiensälen eine zweite überfüllte Versammlung statt. Der Berichterstatter Fritz Schmidt vom Zentralverband der Handlungsgehilfen führte aus: Die Forderungen der Angestellten auf einmalige Teuerungszulage von 500 Mark für Verheiratete, 350 Mark für Ledige und 50 Mark für jedes Kind seien als durchaus bescheiden zu bezeichnen. Die kaufmännischen Angestellten sind während der ganzen Dauer des Krieges gegenüber den Arbeitern schlecht bezahlt worden. Die Teuerung steige ohne ihre Schuld so rapide, daß die bestehende Verschuldung immer drückender fühlbar wird. Hinzu käme, daß in ein bis zwei Monaten die Kaufmännischen Angestellten in großen Massen arbeitslos würden.

Der Redner schilderte nun den Verlauf der Verhandlungen mit den Vertretern der Reichsämter und den Leitern der Kriegsgesellschaften. Die Verhandlungskommission der Angestellten wollte man als nicht verhandlungsberechtigt anerkennen, da sie angeblich nicht rechtmäßig gewählt seien. Ferner wurde versucht, die Verhandlungen in die Betriebe zu verlegen, da man annahm, mit den so zersplitterten Angestellten leichter fertig werden zu können. Das wurde aber von der Verhandlungskommission, die das Mandat von den Obleuten aller Angestelltenausschüsse erhalten hatte, entschieden abgelehnt. Eine recht merkwürdige, aber doch recht eindeutige Rolle versuchte ein Herr Dr. Wertheimer zu spielen, der sich bei den Verhandlungen als rechtmäßiger Vertreter der Angestellten einführte und als solcher auch von der Gegenpartei akzeptiert wurde.

Auf das entschiedenste — so schloß Koll. Schmidt seine Ausführungen — müßten die Angestellten dagegen Protest erheben, daß die Gegenpartei sich das Recht anmaßt, die Personen mit zu bestimmen oder zu kontrollieren, die als Verhandler der Angestelltenforderungen entsandt werden, denn dies sei Sache der Angestellten.

In der nachfolgenden Diskussion bestätigte der Vorsitzende des Aktionsausschusses, Herr Dr. Koplowitz, daß er den Auftrag der Verhandlung unter der Bedingung übernommen habe, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden und dabei die restlose Zustimmung gefunden habe. Wir müßten verlangen, daß in unserer Bewegung keine politischen Momente hineingetragen würden, ganz gleich, von welcher Stelle aus. Er fordert die Versammlung auf, die bestehende Verhandlungskommission zu bestätigen und dem Aktionsausschuß das Vertrauen auszudrücken. Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung und nahm die Versammlung eine Resolution an, in der dem Vorschlage zugestimmt wurde. Weiter wird darin gewünscht, daß die Verhandlungen mit kurzer Frist ausgeführt werden sollen und dann den Angestellten sofort Bericht zu erstatten ist. Die Versammlung unterstreicht noch einmal alle gestellten Forderungen: einmalige Teuerungszulage, Schaffung eines Tarifvertrages, sowie von Richtlinien über die Befugnisse der Ausschüsse und Anerkennung der Vereinbarung vom 9. Dezember durch die Kriegsrohstoffabteilung und das Reichsschatzamt. Man erwartet, daß nunmehr von den Behörden und den Leitern der Kriegsgesellschaften mehr Entgegenkommen gezeigt werde. Beide Versammlungen nahmen nach einigen Störungsversuchen einen würdigen Verlauf.

Am Schluß wurde von Herrn Dr. Koplowitz gegen einen Artikel des „8 Uhr-Abendblattes", der soeben bekannt geworden war, Protest erhoben. Darin wurde von einem drohenden Streik der Angestellten der Kriegsgesellschaften berichtet, der von der Unabhängigen Sozialdemokratie angeblich provoziert werden solle. Das sei die Art, wie von unverantwortlicher Seite eine unerwünschte Stimmung gemacht würde, die man sich verbitten müsse.

Groß-Berlin.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die gemäß der Verordnung vom 24. Januar 1919 ausgeschriebene Neuwahl für die Stadtverordneten-Versammlung am Sonntag, den 23. Februar stattfinden zu lassen. Es sollen wieder 144 Stadtverordnete gewählt werden. Seine Befugnisse in der Durchführung der Wahl hat der Magistrat dem Stadtrat Lochning als Wahlkommissar übertragen. Die Aufforderung an die Parteien zur Einreichung von Vorschlagslisten wird demnächst ergehen.

Familienversicherung bei den Krankenkassen.

Am Donnerstag, den 30. Januar fand im Berliner Rathause unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters **Wermuth** eine Sitzung von Vertretern der Groß Berliner Kommunalverwaltungen und Delegierten der Krankenkassen statt, in der die Frage der **Familienversicherung** erörtert wurde. Denn mit der Entlassung der Heeresangehörigen erfolgt auch gleichzeitig der Abbau der bewährten ärztlichen Fürsorge für die Kriegsteilnehmerfamilien und lediglich die Einbeziehung der Kinder und Ehefrauen in die Krankenversicherung kann hierfür den dringend notwendigen Ersatz bieten. Es wurde ins Auge gefaßt, an die zuständige Reichsstelle heranzutreten und das Reichsarbeitsamt zu ersuchen, durch eine Notverordnung die Familienversicherung, die sich schon in manchen Großstädten als freiwillige Leistung eingebürgert hat, allen Krankenkassen als Pflichtleistung aufzuerlegen. Ueber die Zweckmäßigkeit der Maßnahme herrschte Einstimmigkeit. Die endgültige Beschlußfassung wurde auf eine zweite Zusammenkunft verschoben, zu der die Vertreter der Aerzteschaft, die der ersten Besprechung ferngeblieben waren, nochmals eingeladen werden sollen.

Gas ohne Gasmesser. Wegen Mangel an Material war es nicht möglich, den Anforderungen, Gas zu liefern, gerecht zu werden. Bis Ende des Jahres lagen 18000 Anträge vor, die die Gasverwaltung nicht befriedigen konnte. Um diese Wünsche zu befriedigen, will der Magistrat Gas liefern ohne Gasmesser, bis er in der Lage ist, Messer zu liefern. Dadurch werden eine große Zahl von Wohnungen beziehbar gemacht. Es soll für solche Fälle ein Pauschalbetrag erhoben werden, weil doch der Verbrauch nicht gemessen werden kann. In Rechnung gestellt soll werden für eine Leuchtflamme im Januar 6 M., Februar 4.50 M., März und April je 4 M., für Einlochkocher 6 M. und für einen Zweilochkocher 9 M. Ein Antrag unserer Genossen, die Preise um 25 v. H. niedriger festzusetzen, fand nicht die Zustimmung der Stadtverordneten.

Die Beerdigung der letzten Spandauer Revolutionsopfer fand am Donnerstag nachmittag unter großer Beteiligung der revolutionären Spandauer und Charlottenburger Arbeiterschaft sowie Abordnungen der Spandauer Garnison auf dem dortigen städtischen Friedhof statt. In einem gemeinschaftlichen Grab wurden die drei bei einem „Fluchtversuch“ im Tegeler Forst erschossenen Arbeiter- und Soldatenräte **Miller**, **v. Lojewski** und **Jordan** und der bei der Erstürmung des Spandauer Rathauses tödlich verwundete Charlottenburger Genosse **Graf** beigesetzt. Genosse Graf war schon vor mehr als einer Woche seitens der Stadt Spandau sang- und klanglos im Armensarg beerdigt worden, ohne daß seine Frau von der Beerdigung benachrichtigt wurde. Auf energisches Drängen seiner Genossen und Arbeitskollegen wurde Gen. Graf wieder ausgegraben und in einem anständigen Sarg im Beisein seiner Freunde und Angehörigen mit seinen Kampfgenossen gemeinsam feierlich beerdigt.

Der Genosse Paul Klabe, Restaurateur in Friedenau, Handjerystraße 60-61, ersucht uns um Veröffentlichung der Feststellung, daß sein Name ohne sein Wissen in die Anzeige der Kommunistischen Partei (s. „Freiheit“ Nr. 58) aufgenommen worden ist.

Der Bezirk Charlottenburg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer (Geschäftsstelle Lindenstraße 114) hält am Sonntag, den 2. Februar, im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 4, eine Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: „Die Verhandlung mit dem Magistrat Charlottenburg betreffs Kriegsbeschädigtenfürsorge.“ Alle Kameraden, auch Nichtmitglieder, sind herzlich willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Februar, vorm. 11 Uhr in der Klosterkirche, Klosterstr. 73a: Vortrag des Herrn A. Dietrich: „Trennung von Kirche und Staat. I.“ — Gäste willkommen.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Auf Abschnitt 42 der Süßstoffkarte H entfällt im Februar 1919 1 Päckchen Süßstoff H-Packung zum Preise von 25 Pfg. Die Abschnitte 1—41 dürfen im Februar 1919 nicht mehr eingelöst werden.

Britz. Bis Montag, den 3. Februar, pro Kopf 125 Gramm **Schweizerkäse** zum Preise von 4.— M. pro Pfund auf das Kopfstück der zur Zeit gültigen, abzustempelnden Speisefettkarte. Die Geschäfte sind durch ein Aushängeschild „Verkauf von Käse der Fettstelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet.

Reinickendorf. In den amtlichen Verkaufsstellen gelangt vorzügliche Fleischsülze zum Preise von 4 M. für die Dose in beliebiger Menge an die Einwohnerschaft zum Verkauf. — In Zukunft erfolgt die Abgabe von Fischen sowie Räucherwaren (Bücklinge, Sprotten, Aale, Flundern, jedoch keine sogenannten Rauchfische) nur noch gegen Abtrennung des Abschnittes 200 A und B der Lebensmittelkarte hiesiger Gemeinde. Auf jede Karte entfällt ½ Pfund, soweit dies nach der Art der Fische möglich ist.

Aus den Organisationen.

Niederbarnim.

Am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr, im Café Bellevue, Bahnhof Stralau-Rummelsburg, **Generalversammlung**. Vortrag des Genossen Leid über Kommunalpolitik. Der Kreisvorstand.

Köpenick. Am Montag, den 3. Februar, abends 7½ Uhr, im Lokal „Schweizer Garten“, Lindenstraße, **außerordentliche Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: Stellungnahme zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Erkner. Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in **Brodts Gesellschaftshaus**. Wichtige Tagesordnung. **Achtung, neues Lokal!**

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion: Wilhelm Kayssler. 7½ Uhr: Die armseligen Besenbinder.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater 7 Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Kammerspiele 7 Uhr: Michael Kramer.
Kleines Schauspielhaus Fasanenstrasse 1, Part. 5. 7 Uhr: [illegible]

Dir.: C. Meinhard, R. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzer Str. 7½ Uhr: Musik
Komödienhaus Kurfürstendamm 28, a. d. Neuen Wilhelmstr. 7½ Uhr: Eselei
Berliner Theater 7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten
Lessing Theater Direkt. Victor Barnowsky. 7½ Uhr: Der König. Sonntag: Der [illegible]. Montag: Der Schöpfer.
Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 7½ Uhr: Nachtbeleuchtung
Th. d. Friedrichstadt Täglich 7½ Uhr: Drei tolle Tage
Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391 7½ Uhr: Der gute Ruf Von Hermann Sudermann.
Residenz-Theater 4 Uhr: Schneewittchen. 7½ Uhr: Erstaufführung: Das höhere Leben.
Central-Theater. 7½ Uhr: Die Rose von Stambul
Deutsches Opernhaus Charlottenburg. 7 Uhr: Oberon.
Friedrich-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus II. Teil.
Kleines Theater. 7½ Uhr: Tabula rasa.
Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel. Sitz. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel
Lustspielhaus. 7½ Uhr: Die spanische Fliege
Metropol-Theater. 7½ Uhr: Die Faschingsfee Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.
Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a [illegible] 7 Uhr: Die keusche Susanne. Ballet Charell, Neue Tänze.
Palast-Theater. 7½ Uhr: Der Mikado.
Schiller Theater Charlottenburg 3 Uhr: Weh' dem, der lügt. 7 Uhr: zum 1. Male: Anatol.

Thalia-Theater 7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Theater am Nollendorfplatz. 3 Uhr: Dr. Klaus 7 Uhr: Der Juxbaron.
Theater des Westens. 4 Uhr: Aschenbrödel. 7½ Uhr: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater 7½ Uhr: Geisha Str. 3½ Uhr: Graf Habenichts
Rose-Theater 3½ Uhr: Frau Holle. 7½ Uhr: Gastspiel d. Friedrich Wilhelmst. Theaters Das Dreimäderlhaus.
Walhalla-Theater 7 Uhr: August der Starke
Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Nur noch kurze Zeit! Der erfolgreiche Schlager **Die goldene Brücke** Vorher das neue Februar-Progr. Sonnt. 3 Uhr: Die weiße Dame
Apollo Friedrichstraße 218. Dir.: James Klein. 7½, Sonntags 3½ und 7½ Ein Theater-Ereignis! Persönl. Auftreten d. weltberühmt. Kompon. **GILBERT** sowie ein großes Varieté-Programm.
Wintergarten Das grosse Spezialitäten-Programm Anfang ½8 Uhr
Eintritt frei! Kunst **Lieban-Kabarett** Humor Künstler-Diele Taubenstr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6—7 Uhr: das große Programm. Ab 7½ Uhr: Tanz. [illegible]
Metropol-Cabaret Direkt.: Alex Braune Künstl. Leit.: [illegible] Am Flügel: [illegible] **6½ Uhr:** Das hervorragende Januar-Programm Etti Gläsner Otto Röhr Anni Wilkens-Schulhof Robert Nesemann Horwitz-Spiro Carl Stehr Gyigyi-Konzerte Vorzügl. Küche u. Getränke.

3. Kreis. U. S. P.
Sonntag, den 2. Februar 1919, im gr. Saal d. Gewerkschaftshauses, Engelufer 15
27. Stiftungsfest.
Programm.

Konzert	Kapelle Maschek.
Sologesang	Baritonist Herr Meinert.
Chorgesang	Berliner Männerchor.
Festrede	Genosse Dr. Moses.
Auftreten d. Humorist.	Herrn Hans Wohlgemuth

++ Festball ++
Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Eintritt 1 Mark.
Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern und abends an der Kasse zu haben.
Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin. Telephon: Amt [illegible] 10628, 5073. Bureau: Berlin, Rungestr. 30
Branchenversammlungen
Tischler. Bezirk Charlottenburg. Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Hauk, Charlottenburg, Wallstr. 90. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten.
Sargtischler. Sonntag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr bei Rathmann, Große Frankfurter Straße 18. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zimmerer! Achtung!
Am Sonntag, den 2. Februar 1919, vorm. 10 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35
Oeffentliche **Versammlung der Zimmerer Groß-Berlins.**
Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und die Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Freie Aussprache.
Pflicht eines jeden Zimmerers Groß-Berlins ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Agitationskommission. J. A.: W. [illegible]

Verband der Sattler und Portefeuiller, Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! **Treibriemenbranche!** Achtung!
Fabrik- und Betriebssattler!
Am Montag, den 3. Februar, abends pünktl. 7 Uhr, im Saale von Oldörp, [illegible] 28.
Branchenversammlung
Tagesordnung: I. Die Lohnregelung der Fabrik- und Betriebssattler in der Berliner Metallindustrie. II. Die erste Tätigkeit der Berliner Arbeitsgemeinschaft. III. Vorschläge für einen Reichstarif.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Branchenleitung.

Achtung! Lichtenberg! Die Spedition Engel befindet sich jetzt **Holteistr. 23, Ecke Alt-Boxhagen.**

Revolutionäre Jugend! Arbeiter und Arbeiterinnen!
Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr in der Stadthalle, (im [illegible] Eingang Klosterstraße [illegible])
Trauer-Feier.
Programm:
1. Harmoniumspiel
2. [illegible] Männerchor [illegible] 1879
3. Die Jugend ehrt die Revolutionsopfer. Referent: [illegible]
4. Tord Foleson Männerchor Fichte-Georginia 1879
5. Gemeinsamer Gesang
Ehrt durch Massenbesuch die Opfer der Revolution.
Eintritt frei. Freie Jugend Groß-Berlin Bezirk Osten.

Möbel-Cohn
im Osten Gr. Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: Badstrasse 47-48
Möbel auf Kredit an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität: **Moderne Wohnungseinrichtung** schon **für 500 M.** Anzahlung.
Einzelne Möbel, farbige Küchen.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

DETEKTIV MÜLLER
Ermittelungen und Beobachtungen.
Persönliche Erledigung.
Frankfurter Allee 278. Telephon Alexander 5139.

Wichtig für Händler!
Räumungshalber gebe ich erheblich unter Selbstkostenpreis ab
10000 Dosen Schuhkrem
mit 50 Gramm Inhalt. Preis 20 Pfg.
Richard Kraemer, Berlin-Lichterfelde, Jungfernstieg 29, Fernruf 635.

Straßenhändler
für gute Bezirke, bei hoher Verdienstmöglichkeit, stellt ein Zeitungsvertrieb. Kurfürstenstr. 102.

Botenfrauen
bei hohem Lohn und Fahrgeldvergütung stellt noch ein Zeitungsvertrieb. Kurfürstenstr. 102.

+ Spezial-Behandlung +
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
bei Männern und Frauen, Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mundausbrüche, Flechten, Beinleiden, Mannesschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach Primararzt Dr. Hermanns erprobtem, giftlosem Heilverfahren möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend bewährt. künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Salvarsan-Behandl.
Dir. Hermanns Elsasserstr. 42, I Ecke Friedrichstraße (4 Min. v. Stett. Bahnhof.) Sprechst. 10—12 u. 1—7 Uhr. Sonnt. v. 10—11 Uhr vorm.

Nachruf.
Bei der Erhebung des revolutionären Proletariats gegen die offenen und heimlichen Feinde der Revolution haben wir folgende Opfer zu beklagen:

Karl Rohr	Heinrich Schauermann
Ernst Kühne	Wilhelm Treichel
Paul Herrmann	Paul Wackermann
Leo Fischer	Felix Lünemann
Erich Krause	Felix Hilbig

Fräulein Multau
Ihr habt gekämpft für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Fortführung der Revolution.
Ihr habt Euer Leben geopfert für die heiligen Ziele des wahren Sozialismus.
Ihr gabt Euer Herzblut für ein höheres Menschentum.
Wir geloben Euch für diese Ziele weiter zu kämpfen und nicht eher zu ruhen, bis wir das verwirklicht haben, für welches Ihr Euer Leben geopfert habt.
Trotzdem und Alledem.
In ehrendem Angedenken
Die gesamte Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Jüdischer Kultur-Verein „Borochow“, Lindenstr. 130 III.
Sonnabend, den 1. Februar, abends 7 Uhr, findet ein **Vortrag** von Genosse Lipnitz statt. Thema: Deutsche Arbeiter-Dichtung. Eintritt frei! Gäste willkommen!

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Gebgl. [?] der
Karl Weidner
Mittwoch früh gestorben ist. Dies zeigen tiefbetrübt an
Albert Weidner nebst Familie.
Bertha Weidner.
Die Einäscherung findet am Montag, den 3. Februar, vorm. 10½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Kleine Anzeigen

Friedenspiano 1250.—, hochelegantes schwarzes Nußbaumpiano 1950.—, schwer eichenes (Prachtstück) 3500.—, eleganter Konzertflügel 2800.—, schwarzer Stutzflügel 1800.— verkauft Frost, Oranienstr. 166, III.

Zahngebisse, Platin, kauft zu höchsten Preisen **Linke,** Blücherstraße 47.

Kinderwagen und Klappsportwagen zu verkaufen bei Kippel, Kesselstraße 38, Seitenflügel IV, abends von 5—7.

Strassenhändler, Kolporteure, zugkräftige Broschüre, guter Verdienst, auch für Versammlungen, „Michel wach auf“ von Boerfelde. **Petersen,** Flensburger Straße 24, Gth. pt. l.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes und lieben Vaters seines Sohnes, sagen allen Genossen und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen der Geschützgießerei für die vielen Bemühungen herzlichen Dank.
Ww. Helene Grow. Arnold Grow. Anna u. Marie Marawa

Botenfrauen werben sofort eingest. Marie Döring, Berlin W, Pichnnng. [illegible]

Botenfrauen verlangt **Blänkle,** Boppstrasse 1.

Botenfrauen sucht Lehmann, Liebigstr. 10, auch für **Stralau.**

2 Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2.

Tüchtige Botenfrauen für die „Freiheit“ sucht **Vietz,** Raumerstr. 35.

Botenfrauen sucht Spedition **Thornsetter,** Lübecker Straße 41.

6 Botenfrauen verlangt Spedition Hensle, Lottumstr. 14.

Botenfrauen für die Freiheit stellt ein **Spedition Tempelhof** Bartsch, Friedrich-Wilhelm-Straße 50, Hof part.

Botenfrauen sucht **Schulz,** Friedenau, Rheinstraße 51.

Botenfrauen sucht Spedition **Paul,** Grüner Weg 18.

Zeitungs-Austrägerinnen werden eingestellt in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, 4 Treppen.

MUTTER ERDE *Der kommende Film des Tages!* Regie: Eugen Burg